

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spalte jeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel von 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

S. E. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. Februar d. J. allergnädigst anzuordnen geruht, daß dem ordentlichen Professor der Rechte an der Krakauer Universität und kaiserlichen Rath, Dr. Felix v. Skotwinski, aus Anlaß seiner Versetzung in den wohlverdienten Ruhestand in Anerkennung seiner vielfährigen und ersprießlichen Dienstleistung im Lehrfache, die Allerhöchste Zufriedenheit bekannt gegeben werde.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den Supplenten an der Unter-Realschule zu Stultzeißenburg, Alexius Vogl, zum Lehrer daselbst ernannt.

Am 23. Februar 1860 wird in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das VIII. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet werden. Dasselbe enthält unter

Nr. 38. Die Verordnung der Ministerien der Justiz, des Innern und der Finanzen vom 9ten Februar 1860 — gültig für alle Kronländer, mit Ausnahme der Königreiche Venedig und Dalmatien — betreffend die Berechnung der Kosten des Straf-Arrestes der Gefängnisübertreter.

Nr. 39. Die Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz, der Finanzen und der Posten vom 11. Februar 1860, womit nachträgliche Bestimmungen zur Vorschrift vom 29. Jänner 1853, Nr. 16 R. G. B., wegen Vollzug des allerhöchsten Waffenpatentes vom 24. Oktober 1852, R. G. B. Nr. 223, kundgemacht werden.

Nr. 40. Die Verordnung des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 12. Februar 1860 — wirksam für das venetianische Verwaltungsgebiet — betreffend die Einsetzung der Diözesan-Schulen-Oberaufseher für die Volksschulen.

Nr. 41. Den Erlass des Finanzministeriums vom 15. Februar 1860 — gültig für alle Kronländer — den Vorgang bei Umschreibungen und Devinkulirungen von Staatsschuldschreibungen betreffend.

Nr. 42. Die Verordnung des Justizministeriums vom 16. Februar 1860 — wirksam für den ganzen Umfang des Reiches — betreffend die fernere Zuständigkeit des Landesgerichtes in Salzburg, hinsichtlich der in den §§. 58 — 66 des Strafgesetzes behandelten Verbrechen.

Nr. 43. Die Verordnung des Justizministeriums vom 16. Februar 1860 — gültig für Siebenbürgen — mit der Kundmachung der allerhöchsten Entschliessung vom 14. Februar 1860, womit vom 1ten Juli 1860 angefangen, das in dem Großfürstenthume Siebenbürgen bestandene Moratorium gänzlich aufgehoben wird.

Nr. 44. Die kaiserliche Verordnung vom 18. Februar 1860 — wirksam für Galizien und die Bukowina und das Großherzogthum Krakau — betreffend den Realbesitz der Israeliten.

Nr. 45. Die kaiserliche Verordnung vom 18. Februar 1860 — wirksam für Nieder-Oesterreich, Böhmen, Mähren, Schlesien, Ungarn, die serbische Wojwodschafft und das Temeser Banat, Kroatien, Slavonien, Siebenbürgen, das Küstenland und Dalmatien — betreffend die Beschäftigung der Israeliten.

Wien, 22. Februar 1860.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Reichsgesetzblattes.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 26. Februar.

Wer gegenwärtig gendüchigt ist, dem Verlaufe der politischen Ver- und Entwicklungen aufmerksam

zu folgen, der gleicht einem Wanderer in einer dunklen Gewitternacht, dessen Pfad nur dann und wann von einem Blitze erhellt wird, bei dessen fahlem Lichte er flüchtig die Dinge um sich herum erkennt. Ein solches fahles Licht verbreitet plötzlich die offiziöse „Patrie“, indem sie der Schweiz eine Verwarnung ertheilt; man gewinnt dabei einen Einblick in die Mittel und Pläne welche das „friedliebende“ Frankreich im Schilde führt. Nachdem jüngstens das Wort der „natürlichen Grenzen“ wieder losgelassen wurde, wird jetzt der Schweiz, welche sich erkühnte, dasselbe Prinzip zu ihren Gunsten vorzubringen, in unverblümter Weise zu verheben gegeben, daß, wenn die Herren vom Bundesrath in der savoyischen Frage nicht allfogleich sich ducken, die halbe Schweiz als natürliche Grenze Frankreichs und Italiens erklärt werden wird. Das Teßin ist ja italienisch und die Hälfte des Kantons Genf gehört zu Savoyen — ergo: wenn die Eidgenossenschaft nur im Mindesten es wagt, Frankreich Schwierigkeiten zu bereiten, so wird nicht bloß das Herzogthum Savoyen, welches Sardinien gehört, sondern auch das von ihm gelöste Stück, das zum Kanton Genf gehört, gleichfalls den französischen Landesgrenzen einverleibt werden. Der Artikel der „Patrie“ leistet offenbar der französischen Regierung einen schlechten Dienst, sagt die „Öst.-D. P.“ Er muß Europa die Augen öffnen über Dasjenige, was am Genfer See beabsichtigt und von langer Hand vorbereitet wird. Savoyen an und für sich mag Europa vielleicht gleichgültig sein; das Schicksal der Schweiz aber ist maßgebend für die Gefahren, die Deutschland bedrohen.

In Berlin ist man auch gar nicht erbaut von der Richtung, welche die französische Politik einschlägt. Man scheint nun doch zu der Einsicht zu kommen, daß der Satz: „am Po ist der Rhein zu vertheidigen“, eine Wahrheit enthielt, und will nun einen Angriff auf den dormaligen Territorialstand Oesterreichs, also auf die Mincolinie, als casus belli betrachten. Dieser Entschluß hat in Süddeutschland große Befriedigung hervorgerufen, und wie dem „Schwäb. Merkur“ geschrieben wird, macht es einen guten Eindruck zu sehen, wie die beiden deutschen Großmächte sich nähern. Es spricht sich darin die Ueberzeugung aus, daß ein Zusammengehen Oesterreichs und Preußens alle Napoleon'schen Gelüste nach den „natürlichen Grenzen“ vereiteln werde.

Die Tage des britischen Kabinetts sind gezählt. Vor zwei Jahren führte die Verschwörerbill den Herzog Palmerstons herbei, jetzt dürfte ihn die savoyische Frage zu Falle bringen. Mit dem Handelsvertrag und mit dem Budget hat zwar das Kabinet einen Sieg erfochten; aber im Lager der Konservativen herrscht dennoch die Gewißheit, daß sie die Oberhand behalten. So schreibt das Wochenblatt „The Press“: Lord Palmerston steht am Vorabend eines neuen Sturzes. Er kann in vierzehn Tagen kommen, er kann noch 3 Monate säumen. Aber unvermeidlich ist er — und es wird sein letzter sein. Der Versuch hat ihn wieder gelockt, und wieder ist er in die Falle gegangen. Es ist wunderbar, wie seine Politik sich im Laufe der letzten neun Jahre geändert hat. Vor dem Dezember 1851 pflegte er, in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Auswärtigen, den britischen Löwen bei jeder noch so trivialen Veranlassung furchbar brüllen zu lassen. Jetzt spielt er den Fudel und wandelt gehorsam Sr. kaiserl. Majestät von Frankreich auf der Ferse nach. Die Don-Pacifico-Geschichte war die letzte, in der er in seiner alten Rolle als gewalthätiger Eingreifer in das Hauswesen anderer Staaten auftrat. Ein Anderer, ein Größerer als er, hat diese Rolle übernommen, und Se. Lordschaft tritt ihm unterwürdig die Initiative ab und scheint nur zu entzückt, vom Kaiser der Franzosen sich Verhaltungsmaßregeln ertheilen zu

lassen. Dieß ist das Strahlende, aber unheilbringende Gesicht, vor dem Lord Palmerston das Knie beugt. Die Erfahrung scheint für ihn keine Lehren zu haben. Es geziemt der britischen Regierung, freundliche Beziehungen zum französischen Kaiserthum wie zu allen anderen Staaten zu pflegen. Aber Lord Palmerston begehrt den argen Mißgriff, daß er unseren Beziehungen zur kaiserl. Regierung eine ganz besondere Vertraulichkeit zu geben sucht, welche die Umstände nicht rechtfertigen, und eine Dienstwilligkeit, die mit den Interessen der britischen Nation ganz im Widerspruch ist und eben so ihren Gefühlen widerstrebt.

Als Italien ist wieder eine Reihe von beunruhigenden Nachrichten eingetroffen. Obenan stehen natürlich die Kriegserklärungen, welche jetzt von piemontesischer Seite mit großen Geräusch, ja, sogar mit einer gewissen absichtlichen Offenheit betrieben werden. Die Agenten der sardinischen Regierung erklären ganz unumwunden, daß alle Vorbereitungen gegen Oesterreich gerichtet sind.

Oesterreich.

Wien. Se. Maj. der Kaiser Ferdinand geruhten abermals ein Gnadengeschenk von 400 fl. als Beitrag zur Restaurirung der Kläre und des Innern der Franziskanerkirche zu Sorowice hinzuzufügen.

Prag, 19. Februar. Dem „Dresd. Journ.“ wird geschrieben: „Das Projekt einer die Interessen der österreichischen Aristokratie vertretenden Zeitung, deren Programm von Seite der österreichischen Presse eine ziemlich eingehende Würdigung fand, kann als gescheitert betrachtet werden. Dem Inhalt des Programms stimmten nur sehr wenige Mitglieder des Adels unbedingt zu, und der Fürst Salm, wie der Graf Clam-Martiniß, die bei der Abfassung desselben thätig gewesen sein sollen, befanden sich nun in einer Minorität, welche das Durchgehen des ursprünglichen Planes aufgeben muß. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die in der Versammlung der hier verweilenden Adelligen und der Stützen konservativer Interessen aus dem Bürgerstande bei dem Fürsten von Thurn und Taxis für das Journal gezahlten 36.000 fl. nicht, wie es Anfangs hieß, bloß von letzteren herrührten, sondern daß sich der gesammte Subskriptionsbetrag so hoch belief.“

Deutschland.

Frankfurt, 20. Februar. In der Bundestags-sitzung vom 18. d. M. wurden von dem für die Verfassungssangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg niedergesetzten Ausschusse im Vereine mit der Exekutionskommission, aus Anlaß theils des kaiserlichen Patentes vom 23. September 1859, einige interimistische Bestimmungen bezüglich des Herzogthums Holstein enthaltend, theils einer Note des k. dänischen Bundestagsgesandten vom 2. November v. J. eingehender Vortrag erhaltet. Die Bundesversammlung beschloß, über die von dem Ausschusse gestellten Anträge am 8. März zur Abstimmung zu schreiben, wo dann das Nähere hierüber mitgetheilt werden soll.

Ferner erhaltete der betreffende Ausschuß Bericht über die bereits am 6. März 1858 von Preußen beantragte und in neuester Zeit von mehreren Seiten wieder angeregte Veröffentlichung der Protokolle der Bundesversammlung und stellte den Antrag auf nachstehenden Beschluß: 1) Die Protokolle der Bundesversammlung werden in der Regel, und zwar alsbald nach dem Drucke der für die hohen Regierungen bestimmten Exemplare mittelst einer besonderen Sammlung veröffentlicht. Ueber diejenigen Fälle, in welchem ausnahmsweise ein Gegenstand unbedingt oder zeitweise geheim zu halten ist, beschließt die Bundesversammlung sofort in der Sitzung, über welche das Protokoll aufgenommen wird. Der bestehende Ausschuß wird mit Einleitung des Weiteren zu diesem

Zwecke beauftragt. 2) Hierneben verbleibt es bei dem Beschlusse vom 7. November 1831, wonach unter Leitung des Ausschusses die Verhandlungen einer jeden Sitzung der Bundesversammlung, in so weit deren alsbaldigen Bekanntmachung nichts entgegensteht, ihrem wesentlichen Inhalte nach sofort durch die Tagesblätter veröffentlicht werden.

Weitere Vorträge und Beschlüsse betrafen militärische Angelegenheiten und Eingaben von Privaten, worunter eine solche der Redaktion der volkwirtschaftlichen Monatschrift „Der Kompass“ hieselbst; nach dem Antrage der Reklamationskommission, welche diesem Unternehmen als vorzüglich brauchbar und verdienstlich eine anerkennende Bifürwortung zu Theil werden ließ, wurde sofort beschlossen: den betreffenden Vertrag durch Aufnahme in das Protokoll empfehlend zur Kenntniß der hohen Regierungen zu bringen und die Monatschrift für die Bibliothek der Bundesversammlung anzuschaffen.

Endlich wurde über Unterstützungsgesuche von Witwen ehemaliger Bundesbediensteten Verfügung getroffen.

Italienische Staaten.

Der „Union“ wird aus **Modena** unterm 8. d. geschrieben:

„... Farini hat ein Dekret erlassen, in Folge dessen Jeder, der an einen Ausgewanderten schreibt, verpflichtet ist, das Schreiben ungesiegelt auf dem Polizeibureau vorzulegen, wo entschieden wird, ob dasselbe abgehen darf; die von den Ausgewanderten anlangenden Briefe müssen hingegen noch gesiegelt derselben Behörde überbracht werden, die sie liest und nach Gutdünken zurückbehält oder verabsolgt. Wenn diese Maßregel, die sonst nur in Zuchthäusern Anwendung zu finden pflegt, offen angekündigt wurde, so besteht außerdem noch ein sogenanntes schwarzes Kabinett auf der Post, und auch der Besetzung bedient man sich, um das Briefgeheimniß nach allen Richtungen hin zu verletzen.“

Von der **mittelitalienischen Grenze**, 22. Februar schreibt man der „Tr. Ztg.“: Das Gebaren der zur Bewachung der Grenze aufgestellten Freischaren charakterisirt vollständig nicht nur die Elemente, aus denen das Heer der mittelitalienischen Liga zusammengesetzt ist, sondern läßt auch Schlüsse auf die ganze in jenen Ländern herrschende Wirklichkeit ziehen. Viel Lärm, viel Gepolter und noch mehr Gemeinheit, sowie blutwenig militärische Tugend, das ist beiläufig die getreue Charakteristik dieser Freiheitshelden. Aus sicherer Ferne die österreichischen Posten beschimpfen und necken, sogar eine nicht unbedeutende Pulververschwendung zur Abfeuerung von Schüssen auf die gegenüber stehenden Vorposten, welche natürlich der großen Entfernung wegen keinen Schaden thun können, das sind die Heldenthaten, durch die sich die mittelitalienische Armee hervorhob.

Freilich geht die Freiheit dieser Helden mitunter so weit, daß sie sich selbst Obli-terverletzungen zu Schulden kommen lassen und förmliche Raubzüge unternehmen; doch genügt die bloße Abnung der Nähe k. k. Truppen, um diese Helden zum schleunigen Rückmarsch zu bestimmen. So drangen neulich bei Moglia di Gonzaga gegen 60 Freischärler bis an das österreichische Finanzwachhaus vor und forderten den daselbst auf Posten stehenden Finanzwächter auf, mit ihnen über die Grenze zu gehen, da sie drüben herrlich und in Freuden lebten. Auf die Weigerung desselben begannen die Werber ungestüm zu werden und sich Drohungen gegen denselben zu erlauben, plötzlich wurden jedoch in der Ferne die Fähnchen einer Uhlansparouille sichtbar, worauf die Helden eilig die Flucht ergriffen. Derselbe Fall sehen nicht vereinzelt da.

Freilich treibt oft die Noth die Leute zu diesen Schritten, denn mit der Verpflegung der Truppen des Freiheitsheeres soll es sehr windig aussehn. So überschritten bei Vortura mehrere Freischärler die Grenze, drangen in die daselbst befindliche Hütte, deren Bewohner abwesend war, ein, und entwendeten alle Schwären und eine silberne, einem Finanzwächter gehörige Uhr. Förmliche Razzia's nach Vieh und Brot sind an der Tagesordnung. Die Noth der mittelitalienischen Freischaren soll wirklich mitunter sehr stark sein. So sind in Stellata, gegenüber von Gonzaga, 200 Mann stationirt, welche, sowie weitere in Pilsatri liegende 50 Mann, durchgehend von den Einwohnern verpflegt und erhalten werden müssen. Welche Sympathien dieselben daher bei der Bevölkerung genießen, läßt sich denken. Die Desertion beginnt ebenfalls stark die Reihen der Freischärler zu lichten, und was übrig bleibt, gehört wahrlich nicht der Elite der menschlichen Gesellschaft an. Uebrigens genießen diese Horden auch bei ihren eigenen Landsleuten eines sehr schlechten Rufes, da sie nicht eben im Geruche besonderer Ehrlichkeit stehen. Auch die Subordination und Disciplin soll sehr locker sein und nur durch die größte Strenge einigermaßen aufrecht erhalten werden können.

Rom, 14. Februar. Heute Morgens begab sich der heil. Vater vom Vatican aus zuerst in die Caravitalische, wo das 40stündige Gebet abgehalten wurde, und dann in die Universität, wo er von den Kardinalen Santani und Altieri, den Advokaten des Konsistoriums, den Professoren und den Mitgliedern der wissenschaftlichen Kollegien empfangen wurde. In dem großen Universitätssaale überreichten die Professoren dem Papste eine von allen unterschriebene und vom Professor Massi lateinisch verfaßte Ergebenheitsadresse. Der Advokat Gusli, Dekan der Advokaten des Konsistoriums, verlas dieselbe. Der Papst dankte den Professoren, und sprach unter Anderm, daß das Ende der weltlichen Herrschaft der Päpste der Untergang der Gesellschaft sein würde, daß aber Gott, der die Erhaltung der Gesellschaft will, den Ansturz der weltlichen Herrschaft der Päpste nicht zulassen werde. In diesem entscheidenden Zeitpunkt, fügte Sr. Heiligkeit bei, kann ich nur beten und Andere beten lassen, damit der Allmächtige den Sturm abwende, der die gesammte Gesellschaft mehr als die Kirche bedroht.

In **Bologna** ist kürzlich eine weitverzweigte Verschwörung entdeckt worden, welche die Wiederherstellung der legitimen Herrschaft zum Zwecke hatte. Die Betheiligten gehörten größtentheils dem Landvolke an. Die provisorische Regierung ließ viele Verhaftungen vornehmen. Viele Verhaftete, darunter mehrere Priester, wurden nach Ferrara gebracht. In der Stadt herrscht große Besürzung, da jede freie Aeußerung zu Gunsten des Papstes streng bestraft wird. Der Terrorismus hat den höchsten Grad erreicht. In Ferrara wurde der Bischof, ein 70jähriger Greis, verhaftet, weil er vom Bischofe von Ancona einen Brief mit Ausdrücken des Beileids für den Papst empfangen hatte.

Nach Briefen aus **Turin** vom 18. Februar hat man dort beim Eintreffen der Nachricht von der bevorstehenden Exkommunikation des Königs von Sardinien durch den Papst, eine Kommission von Advokaten mit der Mission betraut, zu untersuchen, welche Gesetze für diesen Fall in Anwendung kommen. Es soll sich nun herausgestellt haben, daß eine Exkommunikation gegen das Staatsoberhaupt nur dann in Ausführung kommen und veröffentlicht werden kann, wenn sie das königl. Exequatur erhalten hat. Der Geistliche, welcher sie ohne diese Förmlichkeit öffentlich bekannt machte, würde, wie diese Briefe weiter besagen, gerichtlich verfolgt und könnte sogar mit dem Tode bestraft werden.

Schweiz.

Bern, 18. Februar. Der Bundesrath hat den Staatsrath Jauch von Tessin als außerordentlichen Gesandten nach Rom geschickt, um direkt mit dem Papste über die Vestrennung mehrerer schweizerischen Gebiete von den lombardischen Bischöfern zu unterhandeln und b.i diesem Anlasse auch eine Lösung der bezüglich des Kantons Tessin noch bestehenden Differenzen zu versuchen.

Frankreich.

Paris. Die offiziellen Blätter haben es bis jetzt vermieden, auf die Rheingrenze anzuspielen; andere Bonapartistische Journalisten sind aber nicht so rücksichtsvoll. So schreibt z. B. der bekannte Ed. About im Feuilleton der „Opinion Nationale“: „Wenn Piemont in seinen früheren Grenzen geblieben wäre, so hätten wir eben so wenig daran gedacht, Savoyen zu fordern, wie Sardinien daran gedacht hätte, es uns anzubieten. Jetzt aber ist es, Dank unserer Hilfe, um ganz Mittel-Italien größer geworden; unsere Wohlthaten gebieten ihm ein wenig Dankbarkeit, seine Vergrößerung gebietet uns, einige Sicherheiten gegen Sardinien zu nehmen. Wir schließen unsere Thür. Es würde dasselbe geschehen, wenn Preußen in einigen Jahren sich um die benachbarten protestantischen Staaten vergrößerte. Wir würden dieser großen und heilsamen Revolution aufrichtig beistimmen; aber wir würden nicht umhin können, an uns selbst zu denken und zu begreifen, daß ein vergrößertes Preußen ein gefährlicher Nachbar für uns wird. Wir würden unsere Thür schließen und Europa daran erinnern, daß der Rhein dazu gemacht ist, zwischen Deutschland und uns zu fließen. Das ist eine geographische Wahrheit, welche wir nicht das Recht haben zu vergessen, aber welche wir diskret genug sein werden zu verschweigen, so lange die Karte von Deutschland bleibt, was sie ist.“

Spanien.

Das „Pays“ bringt Mittheilungen aus **Tetuan**, denen zufolge die Bevölkerung vor dem Einzuge der Spanier gefürchtet hatte, man werde ihr nur die Wahl zwischen dem Christenthum und dem Tode lassen. Von dieser Befürchtung ausgehend hatten Viele die Stadt verlassen. Ein großer Theil derselben ist bereits zurückgekehrt; der Rest wird wohl nachfolgen, seitdem durch öffentlichen Anschlag verkündet worden, daß diejenigen, die binnen zehn Tagen nicht in der Stadt eintreffen würden, ihrer Habe zu Gunsten des Staates verlustig erklärt werden sollten.

Bei der Eüstürmung Tetuans sollen sich ein österreichischer und ein russischer Offizier, die freiwillig Antheil an den Operationen der Armee nahmen, besonders ausgezeichnet haben.

Großbritannien.

London. Oberhausitzung vom 20. Februar. Der Earl v. Derby richtet an die Regierung die Frage, welchen Weg sie in Bezug auf Artikel 50 des englisch-französischen Handelsvertrages einzuschlagen gedenke. Diesem Artikel zufolge soll der Vertrag nicht eher in Kraft treten, als bis er die Zustimmung des Partikels erhalten hat. Im englischen Volk walle der Eindruck ob, daß bei den Unterhandlungen über den Vertrag eine sehr geheimnißvolle Haltung beobachtet worden sei, namentlich da man, ehe der Vertrag dem Parlament vorgelegt worden, nicht mit Bestimmtheit gewußt hatte, daß Herr Cobden englischerseits der Hauptunterhändler gewesen sei. Die veröffentlichte Korrespondenz sei sehr mager und unbedeutend und das Publikum erfahre daraus nur sehr w. hr wenig. Das Verfahren Pitt's in Bezug auf den im Jahre 1787 mit Frankreich abgeschlossenen Vertrag sei dem der gegenwärtigen Regierung bei Weitem vorzuziehen. Namentlich müsse der Antheil berücksichtigt werden, welchen damals das Oberhaus an der Diskussion des Vertrages genommen habe. Auch sei es unbedingt notwendig, daß das Haus der Lords derartige Fragen erörtere und sich nicht von der irrigen Auffassung, daß, da der Vertrag sich auf Geldsachen beziehe, das Oberhaus nichts damit zu thun habe, zu der irrigen Ansicht verleiten lasse, es brauche sich nicht um dergleichen Dinge zu bekümmern. Sowohl in politischer wie in finanzieller Hinsicht halte er es für ersprießlich und notwendig, daß die Peers sich mit solchen Fragen beschäftigten. Er wünscht nur zu hören, ob die Regierung dasselbe Verfahren wie Pitt einzuschlagen gedenke, um die Zustimmung des Parlaments zu dem Vertrage zu erlangen; nämlich ob sie erst die Resolution dem Oberhaus mittheile, dann eine Adresse an die Königin zur Sanktionirung der Vertragsbedingungen folgen lassen und schließlich den Vertrag durch eine Parlamentsakte zur Ausführung bringen wolle. Den Vortheil einer Ausdehnung des Handelsverkehrs zwischen England und Frankreich unterschätze er keineswegs; doch wünsche er, daß diese, wenn sie überhaupt durch einen Vertrag bewerkstelligt werden solle, durch einen Vertrag erfolge, welcher den Charakter der Gegenseitigkeit trage. Er bedaure, daß man keine Schritte gethan habe, um eine Gleichstellung der Schiffabrisgebühren zu erzielen. Was sodann den die Kohlenausfuhr betreffenden Artikel anbelangt, so sei derselbe höchst unpolitisch und gefährlich in seinen möglichen Folgen für die Beziehung Englands zu Ländern, die mit Frankreich im Kriege seien, wenn nämlich Kohlen für Kriegskontrebande erklärt würden. Zudem sei es ein Artikel, bei welchem von Gegenseitigkeit nicht die Rede sein könne. Der Vertrag sei in Frankreich sehr unpopulär und erwecke daselbst Gesinnungen, die keineswegs geeignet seien, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern freundschaftlicher zu gestalten. Mit wie ungünstigem Auge man den Vertrag in Frankreich ansehe, lasse sich schon daraus abnehmen, daß der Kaiser der Franzosen trotz aller seiner Macht überhaupt einen Vertrag sehr nöthig befunden habe, um seinen Unterthanen die von ihm beabsichtigten Neuerungen aufzuzwingen. Schließlich beantragt er die Vorlegung der auf den mit Frankreich abgeschlossenen Handels- und Schiffahrtsvertrag bezüglichen Parlamentsverhandlungen vom Jahre 1787.

Lord Cranville vertheidigt das Verhalten der Regierung und bemerkt, Lord Derby habe übersehen, daß Pitt's Vertrag auf England und Frankreich beschränkt gewesen sei, während der neulich abgeschlossene Vertrag die ganze Welt eben sowohl verühre, wie Frankreich. Die Regierung sei gesonnen, Artikel 20 des Vertrages zur Ausführung zu bringen, nachdem gewisse Resolutionen im Hause der Gemeinen angenommen worden seien. Jenes Haus werde dann eingeladen werden, eine Adresse an die Königin zu richten, und wenn es den Lords darum zu thun sei, sich vollständig von Allem zu unterrichten, so werde man ihnen die Resolutionen nebst der Adresse vorlegen, und dann könnten sie, wenn es ihnen gut dünke, eine besondere Adresse an Ihre Majestät richten, wie das ja auch die Lords in den Zeiten Pitt's gethan hätten.

Carl Grey fragt, ob es weise sei, daß England sich, um französische Fabriken wohlfeiler zu machen, verpflichte, Frankreich auf zehn Jahre mit Kohlen zu versehen, während Frankreich die Ausfuhr von Kohlenprodukten, die für die englischen Fabriken eben so wichtig seien, Lumpen z. B. und Seide, noch fortwährend verbiete oder mit hohen Ausfuhrzöllen belege. Der Herzog von Argyll würde es sehr gern gesehen haben, wenn der Vertrag ein Schiffahrtsvertrag wäre. Die französische Regierung habe sich aber handhaft geweigert, ihre Schiffahrtsgesetze abzuändern. Er bemerkt ferner, man möge nicht außer Acht lassen, daß die Jordauer der Einkommensteuer nicht auf

Rechnung des Vertrages, sondern der erhöhten Ausgaben für Heer und Flotte komme. Lord Derby zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Serbien.

Belgrad, 16. Februar. Ehe sich noch gestern der Leichenzug, der den Sarg des verstorbenen britischen Generalkonsuls Grenier de Fontblaque zum Friedhof begleiten sollte, in Bewegung setzte, wurde vom französischen Generalkonsul Vicome Vallat an die anwesenden Repräsentanten der fremden Mächte die Frage gestellt: in welcher Reihenfolge die Equipagen dem Leichenzug zu folgen haben, damit der Etiquette und der Konvention kein Abbruch gethan werde. Die Majorität entschied für die Beibehaltung des üblichen Zeremoniels, nach welchem dem Leichenzug die Equipage der Anverwandten des Verstorbenen, sodann die des regierenden Fürsten, des Pascha-Besetzungsverwalters, der Konsuln nach dem Rang u. s. w. zu folgen hat. Da aber der Pascha-Gouverneur verhindert war, persönlich zu erscheinen, statt ihm sein Sohn und der Artilleriegeneral Ethem Pascha erschienen waren, auch Fürst Milosch keiner Feierlichkeit beiwohnt, sondern bei solchen Gelegenheiten von seinem Sohn Fürsten-Nachfolger Michael repräsentirt wird, der zum Leichenzug auch gekommen war, erhob Konsul Vallat Bedenken und war der Ansicht, daß die Stellvertreter ihres individuellen Privatcharakters wegen den Konsuln nachzustehen haben. In dieser Ansehung lag die Gleichstellung des Fürsten-Nachfolgers Michael zum Sohne des Pascha, der im strengsten Privatverhältnisse lebt. Sitte und Anstand mußten gegen ein solches Kriterium protestiren und daß Konvoi setzte sich nach Ausspruch der Majorität in Bewegung.

Nach beendeter Leichenfeier wurde die Zumuthung des Herrn Vallat zur Kenntniß des Fürsten Michael gebracht, der sich darüber tief verletzt fühlte und nothgedrungen sah, die vorliegende Ursache zu einigen schon früher registrierten zum Beweggrund seines Entschlusses zu machen, dem Herrn Vallat durch einen Beamten der fürstlichen Kanzlei ernstlich bedeuten zu lassen: er solle die Beleidigung einsehen und unverzüglich zur Abbitte kommen, widrigenfalls ihm das Betreten der fürstlichen Wohnung verboten sei. Konsul Vallat stellte das Geschehene in Abrede, versicherte, er sei dem Fürsten Michael mit Freundschaft und Achtung zugethan, er harmonire vollkommen mit des Fürsten Ansichten, habe auch nur immer Vortheilhaftes von ihm nach Paris berichtet. (—!—), doch alle diese dem Fürsten Michael referirten Floskeln vermochten denselben nicht vom Entschlusse abzubringen, sondern er ließ durch den Beamten den Herrn Vicome Vallat das Obenerwähnte wiederholen und bemerkte, daß er von dem reichlich erwogenen und gefaßten Entschlusse nicht abgehe. Der Vorfall wurde zur Kenntniß des Fürsten Milosch gebracht, der den Forderungen des Sohnes vollkommen beistimmt. (Dem. Ztg.)

Rußland.

Petersburg, 15. Februar. Zu den nothwendigsten Reformen, deren Rußland bedarf, gehört unstreitig das Zivilgerichtsverfahren. Nach der bestehenden Gesetzgebung existiren in Rußland nicht weniger als dreizehn Instanzen, welche jede einigermaßen entwickelte Prozeßsache zu durchlaufen hat. Man kann sich denken, wie viele Zeit bis zur Entscheidung einer Rechtsfrage verfließen muß, und kann daher nur wünschen, daß sich das Gerücht, die Regierung wolle auch hierin Verbesserungen einführen, recht bald bekräftige.

Von den in der Bucht von Sebastopol versenkten Schiffen sind durch die amerikanische Kompagnie bisher nur 13 kleinere wieder herausgeholt worden, und noch kein einziges der größeren Schiffe. Am den Dampfer „Wladimir“ zu heben, wurden bereits 21 vergebliche Versuche gemacht. Beim jüngsten Versuche rissen sogar die starken eisernen Ketten, für welche neue bestellt werden mußten. Die Kompagnie gibt jedoch nicht auf, des obstinaten Fahrzeuges habhaft zu werden.

Bermischte Nachrichten.

Laiabach. Der erhobene Viehstand der Bevölkerung Oesterreichs belief sich am 31. Oktober 1857 auf 3,460,276 Pferde (mit Zurechnung der Pferde in der k. k. Armee 3,540,000 Stück), 14,238,360 St. Rindvieh, 23,780 Maulthiere und Maultesel, 88,282 Esel, 16,964,188 Schafe, 1,517,824 Ziegen und 8,151,516 Stück Vorkstvieh. Der Zahl nach findet sich der größte Pferdebestand in Ungarn im Pestb-Ofener, Großwardeiner und Oedenburger Verwaltungsgebiete, in Ost-Galizien, in der serbischen Weiwodschafft mit dem Temeser Banate, in der Militärgrenze und Siebenbürgen, der kleinste hingegen im Küstenlande, in Salzburg, Tirol, Krain und Dalmatien. (Krain zählt 20,753 Pferde, also 0.6 Prozent-Anteil.) Wenn man den produktiven Theil der Bodenfläche und die

Einwohnerzahl als Maßstab zur Beurtheilung annimmt, ob der Pferdebestand für die landwirthschaftlichen und industriellen Bedürfnisse hinreicht, so ergibt sich, daß die Länder und Verwaltungsgebiete: Serbische Weiwodschafft mit dem Temeser Banate, Ungarn, Bukowina, West- und Ost-Galizien, die Militärgrenze, Kroatien, Slavonien und Mähren jene sind, welche über dem allgemeinen Durchschnitt stehen, während die gleiche Zahl Bewohner in Tirol, im Küstenlande, in Dalmatien und Krain die geringste Anzahl von Pferden auf demselben Flächenraum besitz. In Krain nämlich entfallen auf 1 Quadrat-Meile 126 und auf 1000 Bewohnern nur 46 Pferde.

Der „Grazzer Ztg.“ schreibt man aus Wien: Der „Volksfreund“ wird vom 1. März an unter dem Titel „das Recht“ erscheinen. Herr A. Schuhmacher wird von diesem Tage an die Redaktion jenes Blattes wieder übernehmen. Am selben Tage wird auch die erste Nummer der „Donau“ ausgegeben werden.

Im Monate Jänner d. J. wurden in den zur Brauer-Zinnung Wiens gehörenden Brauereien 331,533 Eimer Bier gebraut. Im Jänner 1859 waren es 332,466 Eimer, daher wurden heuer um 933 Eimer weniger gebraut.

Am 31. Jänner wurde auf der Chaussee bei Seckbach, einem in der Nähe von Frankfurt liegenden kurhessischen Dorfe, die Leiche eines dreinudzwanzgjährigen Soldaten gefunden. Man hielt den Unglücklichen für erfroren, und der Gerichtsarzt erklärte nach angestellten Belebungs-Versuchen, der Tod sei in Folge eines Hirn Schlagens erfolgt. Die Eltern wollten ihren Sohn erst am Sonntag (5. Februar) begraben lassen; da sich aber noch nicht die geringsten Spuren der Verwesung zeigten und namentlich die Augen noch nicht gebrochen waren, so machte dieß Aufsehen, und man glaubte, daß hier ein Fall des Starrkrampfes vorliege. Die Leiche wurde in ein erwärmtes Zimmer gebracht, Tag und Nacht bewacht, auch galvanische Belebungsversuche, jedoch erfolglos, angestellt. Alle Aerzte erklären, daß der Tod seit acht Tagen eingetreten sei; aber noch immer zeigen sich keine erheblichen Spuren der Verwesung, die Glieder sind noch immer nicht steif u. s. w. Der Pfarrer hat erklärt, die Beerdigung erst dann vornehmen zu wollen, wenn der Tod seine Macht vollständig an der Leiche bewährt habe. Die Sache macht natürlich ungewöhnliches Aufsehen, und sehr viele Aerzte von Darmstadt, Hanau, Heidelberg, Marburg und Sieben haben den außerordentlichen Fall als noch nicht dagewesen bezeichnet.

Die Pastrana — das härtige Weib — ist nicht gestorben. In einem Briefe an eine russische Zeitung widerlegt ihr Führer das betreffende Gerücht. Zuletzt hat sie sich in London produziert und kommt demnächst wieder nach Petersburg.

Auf der Straße von Jglau nach Humpolez fand man dieser Tage eine Gruppe von 4 erfrorenen Personen auf einem Steinhaufen sitzend. Es war eine Mutter mit dem Säuglinge an der Brust und die anderen zwei kleinen Kinder von 3 und 4 Jahren unter ihren Köcken, wie die Henne ihre Küchlein bergend. Die Arme ging von einem Orte zum andern, die Nahrung für sich und ihre Kleinen zu erbeuteln, und fand in der Zeit, welche sie zum Ausruhen für sich und zur Darreichung der Brust für den Säugling benützen wollte, ihren Tod, da es schon in später Abendstunde war, wo Niemand mehr dieses Weges ging, der die armen Unglücklichen noch hätte retten können.

Das „Luz. Tagbl.“ meldet: „Garibaldi's junge Frau ist in Luzern eingetroffen. Sie ist mit seinem Adjutanten durchgebrannt. Garibaldi lud den Rivalen auf's Duell. Man entzog sich letzterer mit seiner Geliebten dem gefährlichen Rendezvous durch rasche Flucht.“

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Paris, 23. Februar. Die „Patrie“ spricht von Briefen aus Savoyen, welche die Annexion verlangen, und bemerkt hierbei, daß Klugheit der Schweiz eine bessere Politik gebieten sollte. Wenn dieselbe Chablais auf Faucigny für sich in Anspruch nimmt, so möge sie nicht vergessen, daß ein Theil des Kantons Genf zu Savoyen gehört und daß ein großer Theil der Schweiz vollständig italienisch ist.

Paris, 24. Februar. Man glaubt, daß die gegenwärtigen Debatten des englischen Parlaments bis 1. März noch nicht zu Ende sein werden.

In Briefen aus Rom wird behauptet, der Papst habe ein Schreiben des Königs von Sardinien empfangen, in welchem die Unmöglichkeit, die Marken und Umbrien dem päpstlichen Stuhl zu erhalten, darzuthun und vorgeschlagen wird, über die Union zu unterhandeln.

Kopenhagen, 24. Februar. Das Ministerium ist beredet, Hall Konsultspräsident und interimistisch Außenminister, Zenger Finanzminister, Bischof Monrad Kultus- und interimistisch Inneres, Staatsrath Dr. Cassé Justiz,

Thestrup Krieg, Ville Marine, Wolfshagen Minister für Schleswig, Raesloef für Holstein.

London, 24. Februar. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde die Debatte über das Amendement Duncan's fortgesetzt. Hubbart greift das Budget und den Handelsvertrag an, welcher letzterer bloß für Frankreich günstig sei. Baines vertheidigt den Vertrag. Bright ist gegen das Amendement und bemerkt, die Annahme würde mit einer neuen Regierung eine Entfernung von Frankreich zur Folge haben. Die Konzessionen Frankreichs im Vertrage seien größer als jene Englands. Varing ist für das Amendement. Die Debatte wird vertagt; die Abstimmung soll am folgenden Tage stattfinden. Wahrscheinliche ministerielle Majorität 60 bis 80 Stimmen.

London, 25. Februar. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses antwortete Lord Russell auf eine Anfrage, Marshall O'Donnell habe den Titel eines Herzogs von Tetuan erhalten, er wisse jedoch nicht, ob demselben auch das Territorium, auf welchem der Sieg errungen ward, verliehen worden ist. Sir de Lacy Evans tadelt die an den Kaiser Napoleon gerichteten Vorschläge zur Regulirung der italienischen Verhältnisse, als dem Prinzip der Nichtintervention widersprechend. Lord Russell antwortet: Die Regierung habe hierbei so gehandelt, wie sie es dem Zwecke der Friedenserhaltung am entsprechendsten erachtet. Weiter kündigt Lord John an, die Reformbill werde nächsten Donnerstag eingebracht werden.

Die Debatten über Duncan's Amendement werden fortgesetzt. Newdegate ist der Ansicht, der Handelsvertrag sei den englischen Interessen entgegen. Sir Osborne dagegen bemerkt, der Vertrag und die Allianz mit Frankreich mache eine Entwaffnung möglich. Varing meint, der Vertrag sei für England gefährlich, dessen Abschluß wäre bloß bei einem Ueberschusse der Einnahmen möglich. Milner Gibson vertheidigt den Vertrag. Bei der Abstimmung über Duncan's Amendement ergaben sich 223 Stimmen für, 339 gegen das Amendement, somit eine Regierungsmajorität von 116 Stimmen.

London, 25. Februar. Die Journale melden, die Kanalslotte sei gestern Mittags von Portland nach Lissabon abgegangen; wie Gerüchte behaupten, als Demonstration gegen die spanischen Friedensbedingungen.

London, 25. Februar. „Chronicle“ will wissen, es sei zwischen Oesterreich und Rußland ein Allianzvertrag zu Stande gekommen, nach welchem Oesterreich wegen des heil. Grabes und in Bezug auf die Donaufürstenthümer und Serbien in Uebereinstimmung mit Rußland stehe, letzteres dagegen Oesterreichs ganzen Länderbesitz mit Einschluß von Ungarn und des Venezianischen gegen innere und äußere Feinde garantire.

Madrid, 24. Februar. Gestern hat eine Zusammenkunft zwischen dem Bruder des Kaisers von Marokko und dem Marschall O'Donnell stattgefunden. Ihre Unterredung dauerte lange und blieb ohne Erfolg. O'Donnell verweigerte die von den Mauren verlangte neuerliche Frist. Der Waffenstillstand wurde als abgelaufen erklärt. O'Donnell hat sich beauftragt neuer Operationen mit dem Kommandanten des Geschwaders in's Einvernehmen gesetzt.

Neuestes aus Italien.

Mailand, 24. Februar. Der König hat heute eine Deputation des Mailänder Klerus empfangen und derselben seine Befriedigung über die Gesinnungen des Klerus ausgedrückt. Der König fügte bei, in einem Augenblicke, wo die Parteien unter dem Vorwande der zeitlichen Macht die Gewissen zu verwirren suchen, nehme er mit Freude wahr, daß die Gesinnungen des Mailänder Klerus mit den seinigen übereinstimmen, indem derselbe erkennt, wie wichtig es sei, daß die geistliche Autorität sich nicht in die Angelegenheiten der weltlichen Politik mengt.

Rom, 22. Febr. Letzten Sonntag soll eine Kommission von 10 Kardinalen über die Antwort auf Thouvenel's Depesche berathen haben.

Turin, 22. Febr. Die Armee soll in vier Korps von je 40,000 Kombattanten unter Comarmora, Janti, Sonnaz und Galdini getheilt werden. Casvor hat heute eine Rundreise in die Provinzen angetreten.

Getreid-Durchschnitts-Preise

in Laibach am 25. Februar 1859.

Ein Wiener Mægen	Marktpreise		Magazinspreise	
	in österr. Währ.			
	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	5	99	6	9
Keen	4	—	3	66
Gerste	—	—	3	38
Hafer	—	—	2	46
Halbbrucht	—	—	4	50
Heiden	3	39 1/2	3	48
Hirse	—	—	3	38
Rufnung	—	—	4	14

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Wiener Börse-Bericht vom 25. Februar 1860 (Mittags 1 1/2 Uhr).

Staats-Anlehen.		Geld	Ware	Geld		Ware	Geld		Ware	Geld		Ware			
5 perz. in österr. Währung	65.—	65.50	4 1/2 perz. Triester	127.—	128.—	Barbubiger	133.25	133.75	Genua, 100 piem. Lire	4 1/2	—	—			
5 " National-Anlehen	77.60	77.80	Stadtgemeinde Wien à 40 fl.	—	—	Eisbahn	105.—	105.—	Hamburg, 100 M. Wfo.	2 1/2	100.—	100.25			
5 " Lit. B. Anlehen	97.50	—	öst. Währ.	38.50	39.—	Lombarden neue	153.50	154.—	Leipzig, 100 Tbl.	4	—	—			
5 perz. Metalliques	69.50	69.75	Fürst Esterhazy pr. 40 fl.	84.—	85.—	Karl-Ludwigsbahn	103.50	104.—	Livorno, 100 tosc. Lire	5	—	—			
4 1/2 " "	61.50	61.75	" Salin	38.50	39.—	Bresch. Tyren. Eisenbahn I.	—	—	London, 10 Pf. St.	4	131.60	131.75			
4 " "	54.55	55.—	" Palfy	39.—	39.50	Bresch. Tyren. Eisenbahn II.	—	—	Lyon, 100 Fr.	3 1/2	—	—			
3 " "	41.50	42.—	" Glary	36.75	37.25	Bustschrad	—	—	Mailand, 100 fl. ö. W.	5	—	—			
2 1/2 " "	35.—	35.50	Graf St. Genois	37	37.50	Auffig-Taylor	—	—	Marseille, 100 Fr.	3 1/2	—	—			
1 " "	13.80	14.—	Fürst Windischgr.	22.75	23.25	Graz-Köfl. Eisenb. und Bergb.	—	—	Paris 100 Fr.	3 1/2	52.40	52.45			
2 1/2 " Banco (W. W.)	60.—	61.—	Graf Waldstein	27.—	27.50	Gesellschaft zu 200 fl. ö. W.	116.—	118.—	Triest " "	5	—	—			
Venet. 1859	79.75	80.25	" Keglevich	16.—	16.50	Donau-Dampfschiff	440.—	442.—	Venedig	5	—	—			
				Prioritäts-Obligationen.											
5 perz. Grundentl. Oblig. n. ö.	91.—	91.—	Elisabethbahn	91.50	92.—	Lloyd	214.—	216.—	31 Tage	—	—	—			
5 " dto. ungar. sbe	71.50	72.25	3 perz. Staatsbahn pr. 275 Fr.	135.—	136.—	Reiher-Kettenbrücke	355.—	360.—	Bu'arech, wal. Piaster	—	—	—			
5 " dto. tem. h. kro. slav.	70.50	71.—	5 " N. rebahn	91.—	91.50	Wiener Dampfmühle	340.—	345.—	Konstantinopel, 100 türk. P.	—	—	—			
5 " dto. gallische	70.50	71.—	l. v. Bahn zu 500 Fr	132.—	133.—	Pfandbriefe.									
5 " dto. Bukowina	69.—	69.50	5 perz. Gloggnitzer (alte)	82.50	83.—	5 perz. sechsjährige	102.50	103.—	K. Kronen	—	18.3	—			
5 " dto. siebenbürgische	69.25	69.50	5 " Donau-Dampfschiff	92.50	93.—	5 " zehnjährige	98.50	99.—	K. Münz-Dufaten	—	6.23	—			
5 " dto. and. Kronländer	87.—	94.—	5 " Lloyd	92.—	92.50	5 " verlosbare	93.—	93.50	K. Rand-Dufaten	—	6.22	—			
5 " lomb. venet. Anlehen	—	—	6 " Brunn-Köfiger	—	—	5 " d. Nationalb. 12 Monat	100.—	—	Gold al marco	—	—	—			
5 " neues venet. Anlehen	—	—	Aktien per Stück.				5 " verlosbare	88.50	89.—	Napoleons'd'or	—	10.54	—		
				Nationalbank (exdiv.)				4 " gallische	—	—	Souverains'd'or	—	18.25	—	
				Kreditanst. 200 fl. ö. W. (exdiv.)				Devisen.							
				N. ö. Compt. Bank abgestemp.				3 Monate	Fl. Sc.						
				Nordbahn				Amsterdam 100 hell. fl.	3	112.—	112.50	Russische Imperiale	—	10.75	—
				Staatsbahn (exdiv.)				Rugsburg, 100 fl. sud. W.	3 1/2	112.90	113.—	Reinesthaler	—	—	—
				Elisabethbahn				Berlin, 100 Tblr.	4	—	—	Silber	—	30.50	—
								Frankfurt, 100 fl. sud. W.	3	113.—	113.25	Preussische Kassa-Anweisungen	—	1.99	2.—

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien
am 25. Februar 1860.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 69.80 ö. W.	Amst. 112.65 ö. W.
5% Nat.-Anl. 77.75 ö. W.	London 131.75 ö. W.
Bankakt. v. Div. 87.1 ö. W.	R. f. Dufaten 6.24% ö. W.
Kreditaktien 197.50 ö. W.	

K. k. Lotterziehung.
Triest, 25. Februar: 35, 45, 70, 42, 76.

Eisenbahn-Fahrordnung
von Wien nach Triest.

	Abfahrt		Ankunft	
	Uhr	Min.	Uhr	Min.
Postzug Nr. 1:				
von Wien	Früh	8	40	—
" Graz	Nachm.	5	28	—
" Laibach	Nachts	1	16	—
in Triest	Früh	—	—	7
Postzug Nr. 3:				
von Wien	Abends	8	40	—
" Graz	Früh	5	45	—
" Laibach	Nachm.	1	50	—
in Triest	Abends	—	—	7
Postzug Nr. 2:				
von Triest	Früh	6	15	—
" Laibach	Mittag	12	35	—
" Graz	Abends	8	41	—
in Wien	Früh	—	—	5
Postzug Nr. 4:				
von Triest	Abends	6	—	—
" Laibach	Nachts	12	—	—
" Graz	Früh	8	18	—
in Wien	Nachm.	—	—	5

Wie möchte dem auch anders sein, sind doch in dem großen österreichischen Kaiserstaate so ungemein zahlreich die Edelmüthigen, deren Herz von Mitgefühl für die vom Unglück Betroffenen bewegt, und deren Hand, ihnen zu helfen, jederzeit bereit ist.

In Ausführung ist jetzt, und schon am 12. Mai 1860 kommt zur Ziehung die fünfte gemeinnützige Staats-Lotterie, welche laut veröffentlichtem Spielprogramme mit den namhaften Gewinnsten von 70.000, 30.000, 20.000, 15.000, 10.000, 8.000, 6.000, 5.000, 4.000, 3.000, 2.000, 1.000 fl. u. s. w., im Gesammtbetrage von 300.000 fl. ö. W., ausgestattet ist, und deren Reinertrag, nach Allerhöchstem Beschluß, zur einen Hälfte: zur Errichtung einer Landes-Irren-Anstalt für Steiermark, Kärnten und Krain, und zur Subvention des Taubstummen-Instituts in Klagenfurt, zur andern Hälfte aber zur Errichtung einer Militär-Heilbad-Anstalt in dem Kurorte Pistjan in Ungarn bestimmt ist.

Irrsinn, — Taubstumm, — Krieg! welche tief ergreifenden Gefühle erregt in jeder echt-

menschlichen Brust, was diese Worte ausdrücken, welch' ein Sporn sind sie, nach Kräften beizustehen den Unglücklichen, die des göttlichen Funkens der Vernunft, oder des Gehörs und der Sprache beraubt sind, den Tapfern, die vom blutgetränkten Felde der Ehre mit verstümmelten Gliedern oder zerrütteter Gesundheit heimkehren!

Möge denn diese Einladung zur reichlichen Theilnahme an der fünften Lotterie, die vertrauensvoll an alle Menschenfreunde, Männer, wie Frauen, für jene Beklagenwerthen gerichtet ist, wieder wohlwollend aufgenommen werden, und einen ebenso günstigen Erfolg haben, wie die früheren, und mögen jene freundlichen Theilnehmer, denen am 12. Mai vom Glücke nicht schon gelohnt würde, den Lohn in dem Bewußtsein finden, daß ihr Scherflein beigetragen habe, die Drangsale manch' hilfsbedürftiger Mitmenschen zu mildern.

Abtheilung der gemeinnützigen Staats-Lotterie bei der k. k. Lotto-Direktion.
Wien im Jänner 1860.
Friedrich Schrank,
k. k. Regierungsrath.

Fremden-Anzeige.
Den 24. Februar 1860.

Hr. Ritter v. Hauslab, k. k. Feldmarschalllieutenant, und — Hr. v. Vareis, k. k. Major, von Wien. — Hr. Kollub, k. k. Oberlieutenant, von Krems. — Hr. Gepp, Büchsenmachermeister, von Straß — Hr. Sterf, Getreidehändler, von Spielfeld.

B. 42. a (3) Nr. 1317.

Einladung.
zur
Theilnahme an der V. Wohlthätigkeits-Staats-Lotterie.

Die gemeinnützigen Staats-Lotterien, mit deren Ausführung die k. k. Lotto-Gesellschafts-Direktion in Wien beauftragt ist, und die, wie bekannt, Se. k. k. Apostolische Majestät mit der landesväterlichvorsorglichen Bestimmung anzuordnen geruhten, daß ihre Reinerträge, ohne irgend einen Abzug, ausschließlich nur zur Begründung neuer öffentlicher Wohlthätigkeits-Anstalten, oder zur Unterstützung bestehender verwendet werden; diese Unternehmen haben, ihres segensbringenden Zweckes wegen, in allen Kronländern die wohlwollendste Aufnahme gefunden, und der Einladung zur Theilnahme an denselben ist allerwärts so wirksam entsprochen worden, daß aus den Ergebnissen der bisherigen vier Lotterien, ungeachtet der jedesmaligen bedeutenden Gewinnzahlung, den allergnädigst bedachten Instituten ergiebige Geldmittel zufließen konnten.

Therese Pekiak, geb. Hofmann, und deren Töchter **Leonie** und **Marianna** senden allen entfernten Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Kunde, daß ihr geliebter Gatte, respect. Vater,

Friedrich Pekiak,
Apotheker zu **Luttenberg** in **Untersteiermark,**

nach langem, schweren und nach empfangenen heil. Sterbsakramenten am 19. Februar Morgens 2 Uhr sanft und ruhig in den Armen seiner Angehörigen verschieden ist.

Das Seelenamt wird am 21. Februar Morgens 7 Uhr in der Pfarrkirche zu Luttenberg abgehalten und die Leiche Nachmittags 4 Uhr am Friedhofe daselbst zur Erde bestattet.

Die tröstlosen, von der Hand des Herrn so schwer getroffen Hinterbliebenen bitten für die Seele des Verstorbenen um ein andächtiges Vaterunser und für sich nur eine freundschaftliche Theilnahme.

Luttenberg am 19. Februar 1860.

B. 100. (13)

Frühere Ziehung.

Das gefertigte Bankhaus bringt hiermit zur Kenntniß, daß die zweite Ziehung der **Öfener Anlehens-Lose**, anstatt wie laut Spielplan am 15. April, **schon am 1. März d. J. erfolgt.**

Dieses Unternehmen besteht aus nur 50.000 Stück Theilschuldverschreibungen und ist mit Gewinnsten fl. **40.000—30.000—20.000** u. aus gestattet. — Mieten gibt es hierbei keine, jedes Los muß gezogen werden und man erhält für ein solches im ungünstigen Falle fl. **60, 70, 75, 80** zurück.

Wien, im Jänner 1860.

J. G. Schuller & Comp.
am Hof Nr. 329.

Derlei Lose sind zu haben bei **Mallner & Mayer** in **Laibach.**